

12 April 2007

Anfrage

**der Abgeordneten Josef Muchitsch
und GenossInnen
an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz**

betreffend Schwarzarbeit


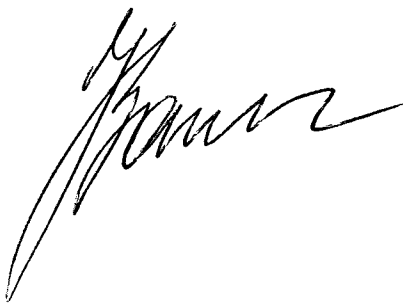
Das Regierungsprogramm verspricht einen umfassenden Maßnahmenkatalog für den Kampf gegen das Schwarzunternehmertum. Langjährige Forderungen der Gewerkschaft Bau-Holz, aber auch der Bau-Arbeitgeber sollen nun endlich aufgegriffen werden. Jährlich werden Millionen von Euro „schwarz“ erwirtschaftet. Es fehlen nicht nur Sozialversicherungsbeiträge, sondern es gehen auch zahlreiche legale Arbeitsplätze verloren. Die angekündigten Maßnahmen müssen daher raschestmöglich und ohne „Verwässerungen“ umgesetzt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage:

- 1) Wie viel wurde in Österreich im vergangenen Jahr „schwarz“ erwirtschaftet?
- 2) Wie viel ist der österreichischen Sozialversicherung durch Schwarzunternehmer im vergangenen Jahr an Beiträgen und Steuern entgangen?
- 3) Wann werden die Maßnahmen gegen Schwarzunternehmertum (Generalunternehmerhaftung, Kontrolle neuer Bauunternehmen, Anmeldung zur Sozialversicherung vor Arbeitsbeginn,...) gesetzt?
- 4) Zur Generalunternehmerhaftung: Wird es eine Einbehaltung und direkte Überweisung der Steuern und Sozialversicherungsabgaben durch den Generalunternehmer geben? Wie soll diese Haftung aussehen? Werden auch Alternativen zu einer möglichen Bürgenhaftung geprüft bzw. angedacht?
- 5) Wie werden die angekündigten Maßnahmen gegen Scheinselbstständigkeit konkret aussehen?

- 6) Wie wird die Anmeldung vor Arbeitsbeginn kontrolliert und wann wird diese umgesetzt?
- 7) Welche Sanktionen sind bei Nichteinhaltung der Anmeldung vor Arbeitsbeginn geplant?

 
H
P
B
V
C